



2021/30 dschungel

<https://jungle.world/artikel/2021/30/antimoderne-ahnen>

Antisemitismus und Islamismus in der dekolonialistischen Theorie Lateinamerikas

Antimoderne Ahnen

Imprint Von **Jens Kastner**

Wenn Hitler zum Gesandten Allahs wird. Die Verstrickung dekolonialistischer Theorie aus Lateinamerika mit antisemitischem und jihadistischem Denken zeigt sich in den Schriften des puertorikanischen Soziologen Ramón Grosfoguel und des argentinischen Literaturwissenschaftlers Walter Mignolo.

In ihrer Kritik an Moderne, Aufklärung und Universalismus nehmen dekolonialistische Ansätze zuweilen sehr fragwürdige antimoderne Positionen ein. Vor allem der argentinische Literaturwissenschaftler Walter D. Mignolo hat seine Theorie des Dekolonialismus nicht nur mit einer Wertschätzung vormoderner und außerhalb der Moderne entstandener Denk- und Wahrnehmungsweisen verbunden, sondern auch mit ausgesprochen antimodernem Denken.

Mit Sayyid Qutb bezieht Mignolo sich auf jenen ägyptischen Journalisten und islamistischen Theoretiker, der als einer der Stichwortgeber des zeitgenössischen Jihad gilt. Er war einer der führenden Denker der in Ägypten gegründeten und in verschiedenen arabischen Ländern agierenden Muslimbruderschaft.

In »Epistemischer Ungehorsam« betont Mignolo, dass außerhalb von Europa Wissensformen – Konzepte von Ökonomie, kulturelle Gründungsnarrative und anderes – entstanden seien, die europäischen Denkerinnen und Denkern nicht verständlich gewesen seien und wohl auch heute kaum verstanden werden könnten. »Wie hätten sie auch verstehen können, dass (Felipe) Guamán Poma de Ayala und (Quobna) Ottobah Cugoano politische Theorien zur Dekolonialisierung entworfen hatten, etwas, das Sayyid Qutb im 20. Jahrhundert unternehmen würde?«

Mit Sayyid Qutb (1906–1966) bezieht Mignolo sich auf jenen ägyptischen Journalisten und islamistischen Theoretiker, der als einer der Stichwortgeber des zeitgenössischen Jihad gilt. Er war einer der führenden Denker der in Ägypten gegründeten und in verschiedenen arabischen Ländern agierenden Muslimbruderschaft. Qutb schrieb einen dreißigbändigen Koran-Kommentar und inspirierte den radikalen Islamismus ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

In seinen Schriften forderte er nicht nur die Einsetzung der Scharia als Gesetzesgrundlage, sein gesamtes Werk ist implizit wie explizit antisemitisch und von irren verschwörungstheoretischen Behauptungen durchzogen. Qutb hat Anfang der fünfziger Jahre einen einflussreichen Aufsatz mit dem Titel »Our Struggle Against the Jews« verfasst, der 1970 von der Regierung Saudi-Arabiens nachgedruckt und in hoher Auflage verbreitet wurde. Darin wird den Jüdinnen und Juden nicht nur allerlei naturalisiertes Böses zugeschrieben, Adolf Hitler wird auch als Bote Allahs verstanden, um die Juden zu beherrschen.

In ihrem Text »Antizionismus im Islamismus und Rechtsextremismus« schreibt die Historikerin Tânia Puschnerat Qutb eine Schlüsselrolle in der Entwicklung eines islamistischen Antisemitismus zu. Qutb stellte demnach die ideologische Verbindung zwischen dem europäischen und dem islamischem Antisemitismus her. Mignolo bezieht sich auf diesen Jihadisten und Stichwortgeber islamistischen Terrors, der »Theorien der Dekolonisierung« entworfen habe, und erachtet Qutbs Schriften als wichtig

für die »Entwürfe einer globalen Zukunft«. Dabei stellt er ihn in eine Reihe mit anderen antikolonialen Kämpfern: »In den sechziger und siebziger Jahren wurde von arabisch-islamischen Denkern (Sayyid Qutb, Ali Shariati, Ayatollah Khomeini), von afro-karibischen Denkern (Aimé Césaire, Frantz Fanon), von der Befreiungsphilosophie in Lateinamerika sowie von indigenen Intellektuellen und Aktivist_innen in Lateinamerika, Australien, Neuseeland und Kanada die Dekolonialität klar formuliert.«*

Grosfoguel ignoriert die kritischen Debatten konsequent, um das Narrativ vom Staat Israel als koloniales Projekt zu etablieren. Auch wenn diese Darstellung in vielen Diskursen der antiimperialistischen Linken eine Rolle spielt, ist sie in dreierlei Hinsicht problematisch.

Mignolo verharmlost Qutb hier ebenso wie Khomeini als »islamische Denker«, die die Dekolonialität – offenbar nicht zu Mignolos Missfallen – »klar formuliert« hätten. Zwar argumentierte auch Khomeini durchaus »antikolonial«, aber er war auf dieser Grundlage zweifelsohne auch Jihadist, der als Staatsoberhaupt des Iran ein Terrorregime errichtete und Zehntausende Menschen hinrichten ließ. Khomeini bezog sich bereits in den sechziger Jahren positiv auf den Antisemitismus von Qutb und erklärte 1981, eines der wichtigsten Ziele der iranischen Revolution sei die Vernichtung Israels.

Qutb und Khomeini in eine Reihe mit Fanon und Césaire zu stellen, wird, vorsichtig ausgedrückt, Letzteren wohl kaum gerecht. Es ist zudem einer Dekolonialität als emanzipatorischer Perspektive nicht gerade zuträglich. Im Gegenteil, es muss konstatiert werden, dass eine dekoloniale Option im Anschluss an Mignolo offensichtlich auch offen antisemitisch und reaktionär ist. Dass diese Feststellung keineswegs übertrieben ist, können die folgenden Ausführungen noch unterstreichen.

Wenn in diesem Kapitel also der Antisemitismus innerhalb der dekolonialistischen Theorie kritisiert wird, sollte deutlich werden, dass es nicht bloß um die Haltung dekolonialistischer Theoretikerinnen und Theoretiker zur aktuellen israelischen Siedlungspolitik geht. Während sich durchaus darüber streiten lässt, ob die Kritik an der Siedlungspolitik oder an militärischen Maßnahmen Israels als antisemitisch zu bezeichnen ist, gilt das für die positiven Bezüge auf Qutb und Khomeini wohl kaum.

Dass Mignolo diese positiven Bezugnahmen auf Qutbs und Khomeinis offenen Antisemitismus nicht zufällig unterlaufen, sondern offenbar einer proislamistischen Ausrichtung seines Denkens geschuldet sind, lässt sich noch an zwei weiteren Textstellen aufzeigen. Ebenfalls in »Epistemischer Ungehorsam« kritisiert er den Einmarsch der USA in den Irak nach dem Anschlag vom 11. September 2001 unter anderem mit dem vorgeblich dekolonialistischen Argument, man diskreditiere »die islamischen Denker, die den Irak rekonstruieren und eine Verfassung auf der Grundlage von Scharia und Koran schreiben wollen anstatt auf der okzidentalen Basis von Demokratie (in deren Namen das Land zerstört wurde) und Bibel (als Wahlmöglichkeit anstelle des Koran)«. Die Kritik am Okzidentalismus und »westlicher« Moderne mündet hier in eine Befürwortung der Scharia.

Schließlich bedient sich Mignolo in einem Aufsatz mit dem Titel »Dispensable and Bare Lives« noch einmal eines Argumentationsmusters, das zumindest antisemitisch konnotiert ist. Die Gründung des Staates Israel wird hier nicht etwa als Konsequenz der Shoah beschrieben, sondern als koloniales Projekt, das Ergebnis einer Komplizenschaft zwischen säkularen Jüdinnen und Juden und dem »imperialen Kapitalismus« sei: »The major consequence of the complicity between secular Jews and Euro-American economic and political practice ended up in the construction of the state Israel.« Damit formuliert Mignolo eine Position, die zwar in antiimperialistischen – aktivistischen wie akademischen – Kreisen verbreitet, aber nichtsdestotrotz bestenfalls reduktionistisch ist.

An diese Darstellung Mignolos knüpft in derselben Ausgabe der Zeitschrift *Human Architecture* auch der an der Universität von Berkeley lehrende puertorikanische Soziologe Ramón Grosfoguel mit einer nicht weniger bedenklichen, um nicht zu sagen abenteuerlichen These an. Die Gründung des Staates Israels sei ohne Kolonialgeschichte nicht zu verstehen, wobei die Geschichte des Judentums in Europa so interpretiert wird, dass die Jüdinnen und Juden eine Entwicklung von den »victims of Christian Europe's anti-semitism« hin zu einer »incorporation of European Jews as ›Whites‹ in most of the Western metropolitan centers after the Second World War« nachgesagt wird. Gleichzeitig vollzog sich laut Grosfoguel eine Fortsetzung des »Hitlerismus« nach dem Zweiten Weltkrieg: »Hitlerism continues to manifest itself in the post-Second World War«, schreibt er, »but, I will add, incarnated in the new institutional international regime organized by the postwar

hegemonic superpower: the United States of America.«

Die Staatsgründung Israels erscheint hier folglich nicht als eine Konsequenz, die aus der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gezogen wurde, sondern fügt sich laut Grosfoguel als »colonial project directly at the center of US hegemony and global White supremacy«. Nachdem Jüdinnen und Juden so der white supremacy zugerechnet werden, erfolgt umstandslos der nächste Schritt: Die Jüdinnen und Juden werden letztlich zu den neuen Nazis erklärt. »What is the difference between the GAZA ghetto and the Warsaw ghetto? How different is the ethnic cleansing of Palestinians from Hitlerism?«, fragt Grosfoguel rhetorisch, um dann selbst zu antworten, es gebe keinen Unterschied zwischen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik und der Politik des Staates Israel in den besetzten Gebieten: »GAZA is today the equivalent continuity of the Warsaw ghetto.« Und noch einmal in anderen Worten: »Hitlerism as a continuation of colonial racist ideology came back to hunt Palestinians this time at the hands of European Jews who ironically were escaping from the Nazi Holocaust«.

Die Gründung des Staates Israel wird bei Mignolo nicht etwa als Konsequenz der Shoah beschrieben, sondern als koloniales Projekt, das Ergebnis einer Komplizenschaft zwischen säkularen Jüdinnen und Juden und dem »imperialen Kapitalismus« sei.

Diese Argumentation ist historisch so falsch und theoretisch so schwach, dass sie kaum der Rede wert sein sollte. Weder kann der Nationalsozialismus als Fortführung einer rassistischen Kolonialideologie begriffen werden (auch wenn er sich ihrer unzweifelhaft bediente), noch hat er sich nach Palästina verlagert, noch gibt es einen Nationalsozialismus von Jüdinnen und Juden.

Die von Grosfoguel inszenierte Täter-Opfer-Umkehr ist ein uraltes antisemitisches Motiv, das auch in der politischen (antiimperialistischen) Linken seit den Jahren um 1968 Tradition hat. Im Kontext der Kritik am von den USA geführten Krieg in Vietnam wurde bereits die Fortführungsthese artikuliert, also die Ansicht vertreten, die USA führten die Politik der Nazis weiter. Das wachsende Bewusstsein von den Gräueln der NS-Herrschaft führte in den sechziger Jahren auch dazu, dass das Wort Holocaust von seiner spezifischen Bedeutung entkoppelt und zu einer allgemeinen Chiffre für große, genozidale Verbrechen wurde.

Dass die These von der Fortführung der NS-Herrschaft durch die USA schon vor mehr als 50 Jahren vertreten wurde, macht es nicht besser, sondern schlimmer. Längst gilt die Gleichsetzung als historisch unhaltbar. Grosfoguel ignoriert die kritischen Debatten konsequent, um das Narrativ vom Staat Israel als koloniales Projekt zu etablieren. Auch wenn diese Darstellung in vielen Diskursen der antiimperialistischen Linken eine Rolle spielt, ist sie in dreierlei Hinsicht problematisch.

Erstens wird mit der Einreihung des »Hitlerismus«, also des Nationalsozialismus, in den Kolonialrassismus der Zusammenhang zwischen beiden Systemen eher verunklart als erläutert und der Nationalsozialismus tendenziell verharmlost (als ein weißes, rassistisches Regime unter anderen). Zweitens blendet die Rede vom kolonialen Projekt – das grundsätzlich in der Vorstellung von einer »weißen« Staatsmacht besteht, die ein indigenes »Volk« unterdrückt – nicht nur die Shoah als wesentlich für die Gründungsgeschichte Israels aus, sondern vernachlässigt auch den Umstand, dass der Antisemitismus fortbesteht. Jüdinnen und Juden unterschiedslos als »Weiße« zu kategorisieren, lässt keinen Raum für eine Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus. Weil die Politik des Staates Israels weder strukturell noch bezogen auf konkrete Praktiken mit der Kolonisierung der Amerikas oder derjenigen Afrikas gleichzusetzen ist – und Grosfoguel vergleicht nicht, sondern setzt gleich –, ist das koloniale Narrativ in Bezug auf Israel drittens analytisch wie politisch irreführend. Will man etwa das Vorgehen des israelischen Militärs in Gaza oder die staatliche Politik hinsichtlich des palästinensischen Flüchtlingsproblems infolge der Nakba oder auch die Siedlungspolitik kritisieren, ist das auf falschen Gleichsetzungen fußende koloniale Narrativ eher hinderlich als nützlich.

Diese antisemitischen und proislamistischen Impulse stehen im Kontext einer ganz allgemeinen Kritik am Säkularismus in der dekolonialistischen Theorie. Der Philosoph und Literaturwissenschaftler Nelson Maldonado-Torres beschreibt den Säkularismus in einem etwas schiefen Bild als »religion of the modern world«. Während die Bedeutung religiöser Praktiken für das öffentliche Leben schwinde, reproduziere der Säkularismus »imperial discursive structures«.

Unberücksichtigt bleibt dabei, dass Religion und Säkularismus als Begriffe auf verschiedenen Ebenen angesiedelt sind: Während Religion bestimmte Glaubensvorstellungen inklusive spezifischer Praktiken und Institutionen bezeichnet, beschreibt Säkularismus eine bestimmte Haltung gegenüber diesen Glaubensvorstellungen, Praktiken und Institutionen. Diese Ebenen unterscheidet Maldonado-Torres aber nicht und tut so, als wolle der Säkularismus bestimmte Glaubensvorstellungen, Praktiken, Institutionen durch andere ersetzen und unterdrücken. So kritisiert er den Säkularismus, indem er ihm eine »role of legitimating and articulating discursive mechanisms to create a civic space« zuschreibt. Dass dieser »civic space« aber neben der Presse- und Meinungs- auch die Religionsfreiheit sichert, wird übergangen.

Völlig unberücksichtigt bleibt, dass eine säkulare Haltung eine Metaperspektive einnimmt. Diese Metaperspektive ist sicherlich Teil von Moderne und Aufklärung, wäre aber nichtsdestotrotz auch die Voraussetzung einer pluriversalen Transmoderne. Denn eine religiös fundierte Ordnung des Sozialen und Politischen kann ein pluriversales Nebeneinander weder schaffen noch garantieren. Eine Transmoderne kann meines Erachtens, anders als Maldonado-Torres meint deutlich machen zu können, nicht »postsecular« sein. Vor dem Hintergrund eines solchen Antisäkularismus wird das Tolerieren der antimodernen, islamistischen Ideen und Politiken noch einmal verständlicher.

Die antisemitischen und proislamistischen Aspekte, die innerhalb der dekolonialistischen Theorie aus der Kritik der Moderne entstehen, sind nach wie vor wenig diskutiert worden – entweder sie bleiben unbemerkt oder sie werden akzeptierend hingenommen. Wo sie aber doch kritisiert werden, tut sich häufig ein anderes Problem auf. Die Kritik an jener Schlagseite der dekolonialistischen Theorie, die den Islamismus verharmlost und letztlich selbst antisemitisch argumentiert, führt nicht selten zur kompletten Ablehnung der gesamten Ansätze und damit zugleich zu einer kritiklosen Verteidigung von Moderne und aufklärerischem Universalismus.

Die antisemitischen und proislamistischen Aspekte, die innerhalb der dekolonialistischen Theorie aus der Kritik der Moderne entstehen, sind nach wie vor wenig diskutiert worden – entweder sie bleiben unbemerkt, oder sie werden akzeptierend hingenommen.

Als habe keine systematische koloniale Gewalt stattgefunden, als könne man die Geschichte der Aufklärung ohne eine Kritik an Ausbeutung und Ausschlüssen schreiben, plädiert Stefan Laurin in der Jungle World dafür, Universalismus und Aufklärung (und den Staat Israel) zu verteidigen. Unter dem Dringlichkeit signalisierenden Titel »Es geht um alles«** wird vor »falschem Respekt« vor dem Islamismus gewarnt und versucht, emanzipatorische von rassistischer Islamkritik abzugrenzen. Letzteres ist sicherlich wichtig, nur misslingt es, wenn, wie bei Laurin, die Behauptung aufgestellt wird, die Debatte müsse weitergehen, weil es um Aufklärung und Universalismus sowie darum gehe, warum die Ideen, »die dort ihren Ursprung haben, religiösen Vorstellungen aus der Spätantike überlegen sind«.

Misslungen ist die Unterscheidung zwischen linker und rechter Kritik gar nicht deshalb, weil die Überlegenheit von Aufklärung über religiöse Vorstellungen behauptet wird. Denn ohne Aufklärung wäre eine Säkularisierung sicherlich nicht durchzusetzen gewesen, die zwar historisch viele religiöse Praktiken und Weltansichten unterdrückt und ausgegrenzt hat, aber aus emanzipatorischer Sicht dennoch der immanenten Intoleranz religiöser Weltbilder und Weltordnungen definitiv vorzuziehen ist – nur Säkularismus kann die Voraussetzung für pluriversale Transmodernen sein. Misslungen ist die Differenzierung zwischen links und rechts deshalb, weil damit zugleich unterstellt wird, dass letztlich alle Muslime spätantiken Vorstellungen anhängen würden, was von Christen und Christinnen offenbar nicht gedacht wird. Anders gesagt: Es findet eine homogenisierende, abwertende Unterstellung gegenüber Islamgläubigen statt, die ihrerseits klar koloniale Denkmuster von der Überlegenheit der europäischen Zivilisation bedient.

Dem ist dringend eine andere, letztlich auch vermittelnde Position entgegenzusetzen. Es muss darum gehen, eine Position zu finden und einzunehmen, die weder die Kritik an der westlichen Moderne in eine naive antiwestliche Pose überführt, der alle, auch antisemitische und islamistische Gewährsleute und Bündnispartner und -partnerinnen recht sind; noch ist eine nicht weniger naive Verteidigung von Aufklärung und Universalismus akzeptabel, die deren Verstrickung mit dem Kolonialismus nicht einmal ernsthaft in Erwägung zieht.

Der antiwestliche Impuls, der den Islamismus hinnimmt, übersieht und verschleiern, dass mit jihadistischen Positionen kein Pluriversum an Ansätzen und Lebensentwürfen zu erkämpfen oder gar zu gewährleisten ist, wie es die dekolonialistische Theorie anstrebt. Die islamistische Ideologie zielt explizit nicht auf ein friedliches Nebeneinander ab. Sie ist darüber hinaus auch in ihren lebensweltlichen, sozialen und politischen Ordnungsvorstellungen antiemanzipatorisch. Jihad und Sharia sind extrem ausschließende, diskriminierende Konzepte gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Die unbedingte Verteidigung der Aufklärung als emanzipatorisches Projekt zu propagieren, blendet nicht nur die historische Verwobenheit der Denkweisen in die imperialen Projekte Europas aus, sondern kann auch deren gegenwärtig wirksame Kontinuitäten nicht fassen. Den Rassismus gegenüber Musliminnen und Muslimen in den westlichen Gesellschaften mit der Begründung zu übergehen, dass der Islam keine ethnische Gruppe sei oder konstituiere, negiert konkrete Diskriminierungserfahrungen und ist deshalb als linke Perspektive unzulänglich.

Eine Kritik der kapitalistischen Moderne sollte sich antimoderne Ressentiments nicht zu eigen machen, sondern die Errungenschaften der Aufklärung bewahren und verteidigen, ohne darüber zu schweigen, dass sie immer auch in den Terror der zivilisatorischen Mission des Kolonialismus involviert sind. Das ist eine schwierige Aufgabe, die sicherlich auch das Denken in Dichotomien in Frage stellt.

Vorabdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags aus: Jens Kastner: Dekolonialistische Theorie aus Lateinamerika. Einführung und Kritik. Unrast-Verlag, Münster 2021, ca. 230 Seiten, ca. 16 Euro. Erscheint im November

** Anmerkung des Verfassers: Als Übersetzer von Walter Mignolos »Epistemischer Ungehorsam« haben wir in unserer Einleitung angesichts dieser positiven Bezugnahmen damals darauf hingewiesen, dass die »dekoloniale Option nicht per se in die Befreiung mündet«. In: Jens Kastner und Tom Waibel: »Dekoloniale Optionen. Argumentationen, Begriffe und Kontexte dekolonialer Theoriebildung.« In: Walter D. Mignolo: Epistemischer Ungehorsam. Rhetorik der Moderne, Logik der Kolonialität und Grammatik der Dekolonialität, herausgegeben und übersetzt von Jens Kastner und Tom Waibel, Turia + Kant, Wien/Berlin 2012, S. 7-42, hier S. 31, Fußnote 30. Uns wurde dennoch Verharmlosung von Antisemitismus vorgeworfen, Vorwurf und Entgegnung finden sich hier: <http://argument-wasnun.blogspot.com/2012/04/entgegnungen-auf-den-offenen-brief.html>*

***Anmerkung der Redaktion: Der in der Jungle World 45/2020 erschienene Beitrag »Es geht um alles« von Stefan Laurin kritisiert das Schweigen der Linken nach der Ermordung des französischen Lehrers Samuel Paty durch einen Islamisten und fordert eine klare Positionierung gegen Antisemitismus sowie ein Bekenntnis zu Universalismus und Aufklärung.*

Über das demnächst im Unrast-Verlag erscheinende Buch »Dekolonialistische Theorie aus Lateinamerika« von Jens Kastner

Seit einigen Jahren ist ein regelrechter Boom dekolonialistischer Ansätze zu verzeichnen. In den theoretischen Debatten der Kultur- und Sozialwissenschaften werden die alten Fragen sozialer Ungleichheit und kultureller Differenz vor dem Hintergrund der Kolonialgeschichte und ihrer Effekte neu verhandelt.

In den politischen Aktivismen ist der Ruf »decolonize!« nicht mehr zu überhören. Aber was ist dekolonialistische Theorie? Was sind ihre zentralen Begrifflichkeiten und Problemstellungen? Worin unterscheidet sich dekolonialistische von postkolonialistischer Theorie? Die Struktur der globalen Machtverhältnisse ist bis heute vom Kolonialismus geprägt. Der peruanische Soziologe Aníbal Quijano nennt diese Prägung die »Kolonialität der Macht«. Sie schafft und reproduziert sozial wirksame Klassifizierungen und prädisponiert gesellschaftliche Konflikte.

Um die Kolonialität offenzulegen und gegen sie anzugehen, bedarf es eines »epistemischen Ungehorsams« (Walter Mignolo). Dekolonisierung kann in Formen des uneindeutigen »Grenzdenkens« (Gloria Anzaldúa) münden, andererseits kann aber auch der Kampf um »die Bejahung des Anderen als Anderen« (Enrique Dussel) eine Schlussfolgerung dekolonialistischer Anliegen sein. Das Buch zeichnet die wichtigsten Debatten über

Dekolonisierung nach und diskutiert die von ihr ausgehende wie die an ihr geübte Kritik.

© Jungle World Verlags GmbH